

Von: Dietrich Schulze [mailto:dietrich.schulze@gmx.de]

Gesendet: Samstag, 30. Juli 2016 20:51

An: 'dez1@karlsruhe.de'; 'fraktionen@karlsruhe.de'

Cc: 'pia@karlsruhe.de'; 'redaktion.leitung@bnn.de'; 'redaktion@ka-news.de'

Betreff: AW: Aktueller Stadtzeitungs-Artikel Leerstände

Sehr geehrte Gemeinderatsmitglieder,

habe noch etwas gründlicher über den rechtlichen Hintergrund der Initiative nachgedacht.

Die sozialen Begründungen konnten schon Mitte Juni in der lokalen Presse nachgelesen werden: [BNN 15. Juni](#) und [ka-news 19. Juni](#).

Das Grundgesetz schreibt in Art. 14 (2) folgendes vor: "**Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.**"

Genau dieser verbindlichen Grundgesetz-Überlegung entspricht die Initiative, indem sie leer stehende Immobilien für das Allgemeinwohl von bezahlbarem Wohnraum einer Nutzung zuführen möchte. Auf das Gegenteil laufen die kritisierten Vorwürfe hinaus.

Möchte unterstellen, dass nicht jeder ständig mit dem Grundgesetz unter dem Arm herumläuft und diese Bestimmung in Vergessenheit geraten sein könnte.

Beim jetzt angelaufenen Umsetzungsprozess der Wohnraumbeschaffung in Karlsruhe sollte das Grundgesetz in der „Residenz des Rechts“ nunmehr mitgedacht werden.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Dietrich Schulze

Von: Dietrich Schulze [mailto:dietrich.schulze@gmx.de]

Gesendet: Samstag, 30. Juli 2016 07:00

An: 'dez1@karlsruhe.de'; 'fraktionen@karlsruhe.de'

Cc: 'pia@karlsruhe.de'; 'redaktion.leitung@bnn.de'; 'redaktion@ka-news.de'

Betreff: Aktueller Stadtzeitungs-Artikel Leerstände

Sehr geehrte Gemeinderatsmitglieder,

beziehe mich auf den Artikel [Gemeinderat: Emotionen bei Leerständen](#) und wende mich als besorgter Bürger an Sie wegen der Verwendung der Vorwürfe „Überwachungsstaat und Denunziantentum“..

Der Vorwurf „Antrag geht in Richtung Überwachungsstaat“ an die Adresse einer demokratischen, sozialen und zivilen Initiative hat einen perversen Charakter. Korrekt wäre dieser Vorwurf an die Adresse der Bundesregierung, die mit dem gerade beschlossenen „Weißbuch“ der Bundeswehr den Einsatz im Inneren ebnet. Das ist der Weg in den Überwachungsstaat.

Der Vorwurf „Antrag geht in Richtung Denunziantentum“ ist unzulässig. Es sei daran erinnert, dass das Denunziantentum vom Naziregime massiv begünstigt wurde mit vielfach furchtbaren Folgen für die Denunzierten.

Ich bin bestürzt darüber, dass nicht ein einziges Gemeinderatsmitglied, auch nicht der Oberbürgermeister, die Verwendung solcher von FDP-Stadtrat Karl-Heinz Jooß geäußerten Vorwürfe entschieden zurück gewiesen hat. Das ist für meine Begriffe eine unakzeptable Toleranz mit entsprechenden Folgen für das Diskussionsklima in der Bürgervertretung in der „Residenz des Rechts“.

Dieses Verhalten birgt die Einladung zu Wiederholungen in sich. Das ganze Gegenteil soll mit diesen Zeilen an Sie bewirkt werden.

Der zitierte Artikel ist öffentlich erschienen. Ich erlaube mir daher, diese Zeilen zur Veröffentlichung zur Verfügung zu stellen.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Dietrich Schulze

http://ka.stadtwiki.net/Dietrich_Schulze